

# Bewertung des Gutachtens zum demografischen Wandel im Land Brandenburg des Berlin-Instituts

Jens Graf, Städte- und Gemeindebund  
Brandenburg

33. Sitzung des Planungs- und  
Bauausschusses

29.11.2007

# Gliederung

- 1. Bestandsaufnahme (S. 4)
- 2. Analyse der Problemknoten (S. 7)
- 3. Bewertung der Regierungsaktivitäten (S. 29)
- 4. Lösungsvorschläge (S. 34)
- 5. Fazit (S. 56)
- Antworten auf die Kritik des Hauptausschusses und zusätzliche Erläuterungen

# Bestandsaufnahme

- Wiederholung der bekannten Fakten
  - Feststellung: Gegenseitige Verstärkung der Schrumpfungsprozesse
  - Feststellung: Sinkende Geburtenzahlen
    - Halbierung der Frauen im gebärfähigen Alter
    - Angleichung der Fertilitätsraten an alte BL

# Bestandsaufnahme

- Brandenburg wird ärmer
  - Schon jetzt nicht mehr flächendeckende öffentliche Daseinsvorsorge
  - Steigende Kosten für Aufrechterhaltung der Infrastruktur
  - Sinkende Einnahmen von Staat und Bürgern
- Brandenburg spaltet sich
  - Speckgürtel
  - Ländliche Räume

# „Problemgewirr“

- Bevölkerungsschwund zentrale Perspektive für jeden politischen Sektor
- Probleme verstärken sich trotz abnehmender Bevölkerung
- Bildung
  - Ausdünnung des Schulnetzes kann zu Abwärtsspirale führen
  - „Ort ohne Grundschule ist Ort, aus dem Menschen abwandern“ (S. 9)
  - „Schulen aufgeben heißt de facto, die Fläche aufzugeben“

# „Problemgewirr“

- Frauen
  - Abwanderung junger ausgebildeter Frauen
  - Junge Männer bleiben zurück
- Fachkräfte
  - Es fehlen jetzt schon Fachkräfte
    - Verwaltung, Ärzte, Facharbeiter
    - Hochschulabsolventen verlassen Land
- Gesundheit
  - Ärztemangel
- Altersvorsorge

# „Problemgewirr“

- Infrastruktur
  - Fehlende Auslastung der Netze
- Stadtumbau
- Verwaltung zieht sich aus Fläche zurück
  - „vergleichsweise wenige Orte mit vertiefter Daseinsvorsorge richtige Entscheidung“
  - „Sicherung minimaler Standards“
- Bürgergesellschaft unzureichend

# „Problemgewirr“

- Kollaps des Staatshaushaltes programmiert
- Landwirtschaft
  - Öko/Großtechnik
- Tourismus
  - Potentiale nicht ausgeschöpft
- Verhältnis zu Berlin
  - „Rolle des Berliner Umlandes“



# „Problemknoten“

## 1. Bildung

- Mangelhafte Bildung verschärft alle Probleme des demografischen Wandels
- Investitionen in Bildung haben positive Auswirkungen auf nahezu alle Problembereiche
- Betreuung nicht Bildung
- Ausdünnung des Schulnetzes verschärft Probleme weiter

## 2. (Utopische) Wachstumsorientierung

- Schrumpfen bestimmt Realität
- Wachstumsorientierte Planung (?)

# „Problemknoten“

## 3. Fehlen der regionalen Verwaltung und Finanzautonomie

- Ebene auf der Problem auftritt soll über Lösung entscheiden
- Gegenteil ist der Fall
- Öffentliche Verwaltung „Top down“ orientiert
- Regional gebündelter ./ ministeriell aufgesplitterter Ansatz

## 4. Verfehlte Inwertsetzung von Natur

## 5. Ungeklärtes Verhältnis Berlin-Brandenburg

# „Zentrales Problem“

- Zu wenig Autonomie
- Planungsunsicherheit als Chance sehen

# Bewertung der Regierungsaktivitäten

- Regierung hat epochale Entwicklungen anerkannt (Chefsache)
- Anpassen
  - Systematischer Rückzug aus der Fläche
  - Aber beschleunigt das, was abgemildert werden soll.
  - Versuche, diese Prozesse aufzuhalten wäre Mittelverschwendung
  - Regionen mit Potentialen stärken
  - Regionen, die sich kontinuierlich verschlechtern, Rückzug der Gewährleistungsstandards unterstützen, Förderung der Entleerung („Wegzugsprämie“)

# Bewertung der Regierungsaktivitäten

- 2. „Gegensteuern“
  - Viele Regionen haben genügend Potential
  - Aber Aufgabe von Unter- und Nebenzentren
- 3. „Neues“ Prinzip des „Ermöglichens“
  - Schaffung von Raum für eigenständige lokale Entwicklungen
  - Projekte gehen nicht weit genug

# 4. Lösungsvorschläge

- Ländervergleich
  - Infrastruktur (z.B. Estland)
  - Pauschale Zuweisungen
  - Freie Schulen

# Empfehlungen für Zukunftswende in Brandenburg

1. Bildung massiv fördern
2. Verwaltung zur Dienstleistung umbauen und eAdministration einrichten (universelles Zugangsportal)
3. Zukunftsräte einrichten
4. Förderprogramme erklären und verbinden
5. Dezentrale Bürgerverwaltung als Recht und als Pflicht einführen
6. Mikroregionen selbst ihre Stärken finden lassen (Verwaltungsräume sind nicht mit Funktionseinheiten identisch)

# Empfehlungen für Zukunftswende

7. Nachweislast bei der Förderung umkehren
8. Förderung durch Wettbewerbe vergeben  
(die besten Lösungskonzepte erhalten Mittel)
9. Neue Anreize für Arbeit einführen
10. Regionale Währungen einführen
11. Nachhaltige Energiekreisläufe einführen



# Empfehlungen für Zukunftswende

12. Regionale Nahrungskreisläufe bevorzugen

13. Ökosystemdienstleistungen anrechnen

14. Rechtehandel für Landnutzung einführen

15. Berlin und Brandenburg zusammenlegen

16. Mehr Initiativen über Stiftungen organisieren

17. Breitflächige Anwendung der Vorschläge in  
Modellregionen

Zusammenfassung: Raum für Lösungen schaffen,  
die heute noch nicht bekannt sind

# Regionalisierung der Vorschläge

- Fünf ökonomisch-demografische Modelle
- Vorstellung von Nutzungsszenarien

# Fazit

- Vorschläge haben Vorbilder
- Neu: Bündelung in einer Region
- Möglichkeit einer Vorreiterrolle in Deutschland und Europa

# Bewertung des Gutachtens

- Bestandsaufnahme dürfte unstrittig sein
- Forderung nach mehr Autonomie von vielen Kommunen schon längst eingefordert (z.B. BbgStEG)
- „Wegzugsprämien nicht Kern des Gutachtens“
- „Autonomie“ vs. „Aufgabe“